

Impulsreferat, Wunsiedel 14.11.2011

© Dr. Sabine Schiffer – es gilt das gesprochene Wort

Rolle der Medien beim zivilgesellschaftlichen Engagement für Demokratie und Toleranz

Nachdem das Dresdner Theaterfestival „Fremd“ durch islamfeindliche Übergriffe gestört worden war, wandte sich der Projektkurator Dietmar Lupfer an die Medien mit der Bitte um „Veröffentlichung und Solidarität“. Ich stieß am 7.11. in der Tageszeitung auf einen Bericht in Folge dieser Presseerklärung – und mit mir sicher viele andere. Warum dieser Vorfall ausschließlich von der taz aufgegriffen und auch in den Lokalzeitungen ignoriert wurde, bleibt das Geheimnis des Medienbetriebs.

Die Kombination von Veröffentlichungswunsch und der Hoffnung auf Solidarität ist sicher symptomatisch, nicht nur im Kampf gegen Rassisten und Rechtsextremisten. Der Ruf nach den Medien als Sprachrohr wird zwar oft laut, ist aber nicht immer von Erfolg gekrönt: Was genau ist die Rolle der Medien im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie und Toleranz? Sind Medien aktive Meinungsmacher oder Spiegel des Vorhandenen – oder beides gleichzeitig? Agieren sie als faires demokratisches Diskursinstrument? Wer oder was entscheidet über eine Berichterstattung oder auch über eine Ankündigung zur Mobilisierung einer Anti-Nazi Demo? Wenn Gewalt und Spektakularität als Nachrichtenwertfaktoren unhinterfragt bleiben, wären Nazis dann nicht im Vorteil? Und wie muss Medienverantwortung mit Blick auf Aktivisten aussehen, die durch Nazis bedroht werden (könnten)?

Nun herrscht beim Kampf gegen Rechts eigentlich ein breiter gesellschaftlicher Konsens. Insofern könnte man meinen, es sei leicht, die Schwelle der Aufmerksamkeit für eine mediale Präsentation der Aktivitäten zur Stärkung der Demokratie zu überschreiten. Dennoch beklagen Engagierte – und diese arbeiten sehr oft ehrenamtlich und mit zeitlicher Begrenzung – immer wieder, dass Medien es ihnen schwer machten, mehr Menschen mit ihrem Anliegen zu erreichen und dass die Anlässe für eine Berichterstattung zu oft aus der rechten Ecke kämen. Eine Folge dieser Beobachtung ist sicher eine stärkere Einbeziehung neuer Medien wie offene Kanäle oder das niedrigschwellige Internet, wofür u.a. auch die Medienkooperation der Amadeu Antonio-Stiftung mit dem Magazin Stern mit ihrem Webportal „Mut gegen rechte Gewalt“ exemplarisch steht. Allerdings machen sich nachweislich auch gerade rechte Einflussnehmer im Netz breit. Deren Angebote beginnen bei Verkaufsportalen für nationalistische „Fanartikel“ und enden bei der gezielten Manipulation von Wikipedia-Einträgen, worauf nicht zuletzt jugendschutz.net hinweist.

Ein Einfallstor für rechte Propaganda wurde durch etliche Debatten der letzten Jahre zudem gestärkt, nämlich durch den Ruf nach absoluter Meinungsfreiheit, wenn es

um eine Kulpabilisierung von Minderheiten geht wie beispielsweise in der Sarrazin-Debatte. Diese Art von Ruf nach „Meinungsfreiheit“, die angeblich von einer zu einflussreichen Minderheit beschnitten werde, wurde bereits in antisemitischen Kontexten laut: Schon 1922 veröffentlichte Henry Ford sein Pamphlet „der internationale Jude“ ausdrücklich mit dem Anspruch, die „Zensur“ zu durchbrechen, dass man in zu kritisierenden Zusammenhängen Juden nicht einmal beim Namen nennen dürfe, damit nicht offenbar würde, wo sie überall ihre Finger drin hätten. Heute sind es angeblich die verräterischen „Dhimmis“, die Muselfreunde, oder – wie Anders Breivik schreibt – die „Kulturmarxisten, die „die Wahrheit“ unterdrückten. Die Bildzeitung springt bei und wehrt sich mit dem Aufmacher „Wir wollen keine Sprechverbote“ vom 4. September 2011 gegen eine angebliche Zensur.

Dies korreliert mit dem traditionellen Auftreten rechter Gruppierungen und Druckerzeugnisse, die das Wort „Freiheit“ im Titel führen – und sehr oft absolute „Redefreiheit“ meinen, auch über die Grenzen strafrechtlicher Maßgaben wie Volksverhetzung hinweg. Reicht also „Freiheit“ schon als Signalwort aus, um rechtsextreme Umtriebe zu erkennen? Natürlich nicht, wie die Süddeutsche Zeitung am 21. Juli 2011 in einem Beitrag vorführt, in dem die Facebookgruppe „Wir hassen Kinderschänder“ mitsamt dem abrufbaren Musikclip als neo-nazistisch entlarvt wird (und laut netz-gegen-nazis am 7.11. von facebook gelöscht wurde). Bedürfen – neben anderen Multiplikatoren – nicht gerade Medienschaffende regelmäßiger Fortbildungen, um die immer subtiler werdenden Spins rechter Gesinnungstäter zu erkennen? Reichen die Infotage der ARD-ZDF-Medienakademie über „Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa“ aus bzw. von wem werden die Angebote überhaupt in Anspruch genommen?

Galt bisher ein ausgeprägter Antisemitismus als sicheres Zeichen für eine rechtsextreme Gesinnung, so ist heute eine besondere Zurschaustellung von Israel-Solidaritätsbekundungen durch dezidiert rechte Parteien zu beobachten, wie dies 2010 mit der sog. „Jerusalem Erklärung“ durch Vertreter von FPÖ, Die Freiheit, den Schwedendemokraten und dem Vlaams Belang geschah. Was wiederum Parteien wie die NPD nicht davon abhält, weiter offen antisemitisch aufzutreten – und die anderen Genannten auch nicht, allerdings etwas subtiler.

Nachdem sich nun auch der Verfassungsschutz den Kampf gegen Rechtsextremismus – wie den gegen andere Extremismen – auf die Fahnen geschrieben hat, ist da überhaupt zivilgesellschaftliches Engagement weiter nötig? Oder will dieser gar unliebsame Akteure, wie AIDA oder den VVN damit überholen und eventuell sogar aushebeln? Was ist zu halten von den ganz aktuellen Enthüllungen um eine lange Spur des Terrors durch Rechtsextremisten, die von Thüringen aus auch in Bayern 5 Morde begangen haben (3 Nürnberg, 2 München), und die nun im Raum stehenden Fragen um die zwielichtige Rolle des Verfassungsschutzes?

In dem Bereich der Schnittstellen zwischen behördlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement sind unsere Medien als klassische Vierte Gewalt besonders gefordert. Und dies gelingt auch immer wieder, wie beispielsweise die Frontal 21-Sendung vom 30. August 2011 oder das ZAPP-Medienmagazin am 9.11.2011 zeigen: Die kaum nachvollziehbare Strafverfolgung des Jugendpfarrers Lothar König durch die sächsische Justiz im Nachgang zu den Anti-Nazi-Protesten in Dresden im Februar 2011 wurde von dem ZDF-Magazin aufgegriffen und führte tatsächlich zu bundesweiter Solidarität mit dem aus Jena stammenden Nazi-Gegner. Das NDR-Magazin griff den Fall des Journalisten Buder auf, der auf Grund seiner Recherchen über die rechtsextreme Szene ins Visier des Inlandsgeheimdienstes

Verfassungsschutz geraten war.

Auch der Bayerische Rundfunk zollt diesem Anspruch mit einem Beitrag vom 18.12.2009 Tribut, wo es u.a. heißt:

„Die Gesellschaft ist gegen braune Umtriebe nicht machtlos, wie vielerorts der Widerstand von Bürgern zeigt: Ob in Wunsiedel, Gräfenberg, Cham, Miltenberg, Nürnberg oder München, die Beispiele bürgerschaftlichen Engagements sind zahlreich. Zugleich stellen Experten wie die Nürnberger Sozialwissenschaftlerin Birgit Mair fest, dass Rechtsextremisten ihre Gegner immer offensiver und selbstbewusster einschüchtern. Schuld daran sei auch der Staat, der den Extremisten zu wenig entgegensetze. [...] Viele Initiativen schlagen sich also nicht nur mit den Rechten herum, sondern auch mit mangelnder Unterstützung oder gar staatlicher Repression. Öffentliche Gelder sind rar und häufig zeitlich begrenzt wie die Bundesmittel aus dem Familienministerium. Kleine Initiativen aus dem antifaschistischen Bereich kämpfen zudem mit Vorbehalten gegen "linke" Gruppen: Das Münchner a.i.d.a.-Archiv gilt seit dem jüngsten Verfassungsschutzbericht als "linksextremistisch" und steht unter Beobachtung.“

Allerdings wäre hier zu überprüfen, inwiefern derartige Hintergrundberichterstattung auf die tägliche Nachrichtenberichterstattung Einfluss nimmt. Immer wieder – auch in anderen Bereichen – lässt sich beobachten, dass die Erkenntnisse von Magazinen und Reportagen oft genug nicht die schnelle nachrichtenredaktionelle Verarbeitung von Pressemitteilungen von Dienststellen und Staatsanwaltschaften stören. So oder so ähnlich kann es im Jahre 2010 geschehen sein, als in Nürnberg bei den Berichten der Lokalzeitungen über einen massiven Überfall auf einen kurdischstämmigen Jugendlichen der Hinweis fehlte, dass es sich beim Tatverdächtigen um einen Neo-Nazi handelte. Es hat lange gedauert, bis das fehlende Faktum nachgetragen wurde. (Im Gegensatz zu anderen Gruppenmarkierungen wie Hautfarbe und Herkunft, handelt es sich hierbei um ein für den Sachverhalt relevantes Merkmal eines Täters./ vgl. Pressekodex 12.1)

Auch in Erlangen hätten wir einen berichtenswerten Fall, wo der Geschäftsführer der Grünen Liste vor Gericht stand, weil er für eine Demonstration gegen die rechtsgerichtete Burschenschaft Frankonia verantwortlich zeichnet, bei der – etwas verkürzt – die falsche Straßenseite benutzt wurde. Ganz aktuell könnte der Aufhänger für eine Berichterstattung die Bitte des Erlanger Stadtrates an die Friedrich-Alexander-Universität sein, den Link auf eben diese Burschenschaft von ihrer Website zu nehmen. Diese wird jedoch nicht vom bayerischen Verfassungsschutz beobachtet, was angesichts der jüngsten Enthüllungen kaum mehr verwundert, aber für die Universität reicht dieses Kriterium eventuell schon für ihre Entscheidung aus. Öffentliche Aufmerksamkeit über die Grenzen Erlangens hinaus, täte dem weiteren Verlauf der Affäre sicher gut!

Was hier vor sich geht, könnte ungefähr dem entsprechen, was Heribert Prantl meinte, als er in seiner Keynote zur ARD-Themenwoche zum bürgerschaftlichen Engagement im Jahre 2009 die häufig fehlende mediale Würdigung dieses Engagements beklagte und meinte, dass die Gesellschaft gerade „Anreger, Anstifter und Aufreger“ brauche. Die besagte Themenwoche „Ist doch Ehrensache“ vom 10. bis 16. Mai 2009 ging jedoch weitestgehend an den politisch tätigen Zivilakteuren vorbei. Sie wies nur in einem Fall einen Beitrag zum politischen Engagement Jürgen Grässlins auf, der über Waffenindustrie und Waffenexporte aufklärt. Ansonsten verblieb der Schwerpunkt gemäß dem statistischen Schwerpunkt des

Ehrenamtlichen bei Sport- und Jugendarbeit sowie sozialem Engagement.

Zum Engagement gegen Rechtsextremismus verfügt die Website des Bayerischen Rundfunks über ein beachtliches Dossier unter den Stichworten „Rechtsextremismus in Bayern“ und spart auch nicht dessen zivile Gegenkulturen aus. Allerdings stehen die Internetpräsenzen unserer öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten unter Druck. Aus Gründen sog. „Marktgerechtigkeit“ bzw. um „Wettbewerbsverzerrung“ gegenüber privaten Rundfunkanbietern zu vermeiden, müssen Inhalte, die die GEZ-Zahler eigentlich finanziert haben, wieder gelöscht werden. Insofern weisen solche Archive im Laufe der Zeit eine bedauerliche Lückenhaftigkeit auf. Vielleicht ließe sich auch hier nach der Dominantsetzung marktradikaler Standpunkte in der Medien- und EU-Politik wieder das Verhältnis von Medien und Demokratie als schützenswerte Einheit diskutieren und propagieren?!

Wenn wir unsere Medien als „Förderer einer lebensfreundlichen Gesellschaft“ stärken wollen, wie es u.a. die Initiative Zivilgesellschaft aus Österreich wünscht, dann müssen auch entsprechende Strukturen vorhanden sein, die verhindern, dass dieser inhaltliche Anspruch mit kommerziellen Interessen kollidiert – was sie im aktuellen Mediensystem tun und was durch das aktuelle Bildungssystem, in dem es keine systematische (und unabhängige) Medienbildung gibt, nicht aufgefangen wird.

Natürlich gibt es Mittel und Wege, dennoch die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, was allerdings professionellen Public Relations Anbietern leichter fallen dürfte als ehrenamtlich engagierten Bürgern mit einem ideellen Anliegen und oft genug wenig bis keinen Ressourcen: Vielleicht wird ja der Kampf gegen Rechts bald einmal zum Fall für den deutschen Bürgerpreis, der vom Deutschen Städtetag vergeben wird und jährlich unter einem anderen Motto steht?! Vielleicht finden sich auch originelle Ideen und ihre Umsetzer dafür, wie die Aktion „mit Äpfeln gegen Nazis“ oder der "Camillo von Miltenberg": 2006 störte Pfarrer Ulrich Boom allein mit Glockengeläut eine NPD-Kundgebung, was ihm die Auszeichnung mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland einbrachte. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz hatte seit seiner Gründung diesen Teil bürgerschaftlichen und vor allem jugendlichen Engagements immer wieder in den Vordergrund gestellt und mit Toleranzpreisen ausgezeichnet – was neben der Anerkennung auch immer ein Anlass für das Aufgreifen der Thematik durch unsere Medien ist. Es wäre natürlich schön, wenn es diese äußeren Anlässe nicht unbedingt bräuchte bzw. es auch Event-ärmere Mittel und Weg gäbe, mediale Aufmerksamkeit und damit Unterstützung zu erlangen.

2009 erhielt die Gräfenberger Initiative den Bürgerkulturpreis des Bayerischen Landtags. Vielleicht als Kompensation für die Ermittlungsverfahren gegen Sitzblockierer eines Nazi-Aufmarsches vor Ort? Hin und wieder kann man sich eines gewissen Zynismus nur schwer erwehren, wenn man beobachtet, wie antilinke Reflexe manchmal ihre kontraproduktive Wirkung tun. Umso beachtlicher ist die Leistung derer, die trotz falscher Verdächtigungen, oder Provokateuren in den eigenen Reihen, oder auch ausbleibender Aufmerksamkeit durch Medien und Menschen, nicht den Mut verlieren und weiterhin den rechten Umtrieben, die in Franken ja über eine lange Tradition verfügen, entgegen treten – auch und gerade wenn sie sich von Politik und Behörden nicht ausreichend unterstützt fühlen.

Den ein oder anderen im Journalismus Tätigen mag der Journalistenpreis der Robert-Bosch-Stiftung reizen, der hervorragende Medienbeiträge in den Kategorien Print, Hörfunk und Fernsehen für die Vermittlung bürgerschaftlichen Engagements honoriert. Vielleicht sollte man diesen unter KollegInnen bekannter machen – wie auch die etwaigen Fortbildungsangebote zum Thema. Zum möglichst regelmäßigen

Schärfer der Beobachtungsgabe und der Erkenntnis der Wichtigkeit des Anliegens, sind die Mediengespräche der Journalistenakademie München zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, die als eine der führenden politischen Stiftungen in der Dokumentation von und dem Kampf gegen Rechtsextremismus gilt, zu empfehlen. Mit dem Online-Guide „Politik und Gesellschaft“ stellte schon vor Jahren die Leiterin der Journalistenakademie, Gabriele Hooffacker, ein leicht zugängliches Internetportal zur Verfügung, in dem rechtsextreme Tendenzen im Internet dokumentiert werden.

Wir stehen also nicht vor dem Nichts! Ohne das Erreichte und auch das Bemühen von Medienseite zu leugnen, dürfte uns angesichts der neuen Herausforderungen in der Wirtschaftskrise jedoch allen klar sein, dass die Anstrengungen eher weiter zu- als abnehmen müssen. Ohne die Kooperation von Medienseite ist das nicht zu machen. Je mehr Bürger es vermögen zusammen mit Medienschaffenden ihrer besonderen Verantwortung für die Demokratie nachkommen zu können, umso besser!

Ich spreche nun über die aufgeworfenen Fragen mit unseren Podiumsgästen:

- Prof. Andreas Bönte, Programmbereichsleitung Bayerischer Rundfunk
- Ulrich Chaussy, freier Journalist und Autor
- Dr. Miriam Heigl, Leitung der Fachbereichsstelle gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt München
- Werner Schnabel, Sprecher Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus

Wir hoffen, dass Sie einige Antworten der hoffentlich folgenden Berichterstattung entnehmen können!

Das gesamte Programm des 4. Wunsiedeler Forums entnehmen Sie bitte folgender Übersicht: http://www.buendnis-toleranz.de/cms/dokumente/10033404_425892/89278e11/Programm.pdf

The screenshot shows the homepage of the website 'Engagiert Euch!'. The header includes the logo 'ENGAGIERT EUCH!' with the tagline 'Neues schaffen heisst Widerstand leisten.' and the publisher information: 'Herausgeber: EUROPÄISCHES BÜRGER-NETZWERK UNION SOLIDARISCHER VÖLKER'. There are navigation tabs for 'Unser Verein', 'Engagiert Euch!', and 'Schafft Neues!'. The main content area features a news article titled 'Nicht angepasste Medien' with a sub-header 'Wachstum bis zum Kollaps?' and a date of 'mardi 7 juin 2011'. The article is attributed to 'KONTEXT die anderen Nachrichten' and has 'Kein Kommentar'. On the right side, there are sections for 'Browser' with 'Schlüsselworte der Rubrik' (Einschränkung der Freiheit, Freie Medien, Unabhängige Medien, Wohlstand ohne Wachstum) and 'Thematiken' (Alternativen, Arbeitslosigkeit, Antisemitismus, etc.). A sidebar on the left lists various engagement topics like 'Gegen die Zerstörung des Planeten' and 'Für eine weltweite Gleichberechtigung der Völker'.